



Landesverband für  
Körper- und  
Mehrfachbehinderte  
Baden-Württemberg e.V.

# Info zur Landtagswahl am 26. März 2006

## Politik für Menschen mit Behinderung

Im Vergleich:  
Landtagswahlprogramme der im Landtag von  
Baden-Württemberg vertretenen Parteien

Surftipp:

[www.landtagswahl-baden-wuerttemberg.de](http://www.landtagswahl-baden-wuerttemberg.de)

(verantwortlich: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg e.V.)

Landesverband für Körper- und  
Mehrfachbehinderte Baden-Württemberg e.V.  
Haußmannstraße 6  
70188 Stuttgart  
Tel. 0711 / 2155 – 220  
Fax 0711 / 2155 – 222  
eMail [info@lv-koerperbehinderte-bw.de](mailto:info@lv-koerperbehinderte-bw.de)  
[www.lv-koerperbehinderte-bw.de](http://www.lv-koerperbehinderte-bw.de)

Februar 2006

Inhaltsverzeichnis	<u>Seiten</u>
CDU	2 - 3
SPD	4 - 5
FDP	6 - 10
Bündnis90 / DIE GRÜNEN	11 - 14

## **In der Tat besser.**

**Regierungsprogramm der CDU Baden-Württemberg 2006 – 2011**

[www.cdu-bw.de](http://www.cdu-bw.de)

### 01 Das Erfolgsland Baden-Württemberg

#### **Wofür stehen wir? S. 10**

(...)

Wir bekennen uns zur Chancengleichheit zwischen Menschen mit unterschiedlichen Fähigkeiten und Begabungen, zwischen Frauen und Männern, zwischen Menschen mit und ohne Behinderung, zwischen Arm und Reich, Jung und Alt, zwischen Einheimischen und Zugereisten, zwischen Stadt und Land.

(...)

### 05 Das Wohlfühlland

#### **Baden-Württemberg: ein solidarisches Land S. 57**

Jeder Mensch muss damit rechnen, dass er wegen Krankheit oder Behinderung früher oder später einmal auf die Hilfe der Gemeinschaft angewiesen ist. Die gleichberechtigte und selbst bestimmte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am gesellschaftlichen Leben ist ein wesentliches Ziel unserer Politik. Wir wollen, dass behinderte Menschen ein möglichst aktives Leben in der Gemeinschaft führen können. Deshalb setzen wir uns für den Abbau von Barrieren im öffentlichen Raum ein. Deshalb plädieren wir für den Vorrang der ambulanten Betreuung vor der stationären. Deshalb fordern wir die Einführung so genannter persönlicher Budgets für Menschen mit Behinderungen. Und deshalb unterstützen wir das Programm „Aktion Arbeit für schwer behinderte Menschen“, das bei Arbeitgebern Anreize für die Einstellung behinderter Mitarbeiter schafft.

Die CDU Baden-Württemberg tritt für die Förderung von Hospizdiensten und Palliativmedizin ein. Die öffentliche Diskussion über aktive Sterbehilfe, die wir entschieden ablehnen, zeigt sehr deutlich, wie wichtig es ist, dass Schwerkranke und Sterbende bis zuletzt menschlich und menschenwürdig begleitet werden. Wir werden uns deshalb auch in Zukunft dafür einsetzen, dass die ambulanten Hospizdienste die notwendige Unterstützung erhalten. Wir werden die ehrenamtliche Arbeit und die Vernetzung der Einrichtungen fördern und dafür werben, dass die Hospizbewegung einen breiten Rückhalt in der Gesellschaft findet.

(...)

## **Ein Land für alle Generationen S. 59**

(...)

Wir wollen älteren Menschen helfen, so lange wie möglich in ihrem gewohnten Umfeld und in der von ihnen gewünschten Wohnform zu leben. Auch im sozialen Wohnungsbau müssen die Bedürfnisse älterer Menschen in Zukunft stärker berücksichtigt werden als bisher. Auch brauchen wir die Weiterentwicklung der Pflegeinfrastruktur im ambulanten und stationären Bereich sowie die Förderung des generationenübergreifenden und betreuten Wohnens. An der bestehenden Pflegeheimförderung wollen wir so lange festhalten, bis die bestehenden Strukturunterschiede bei der Versorgung mit Heimplätzen im Land ausgeglichen sind.

Die demografische Entwicklung und die wachsende Zahl älterer Menschen stellen auch die Ausbildung im Pflegebereich vor große Herausforderungen. Wir treten dafür ein, dass die Berufsbilder und Ausbildungsinhalte im pflegerischen Bereich entsprechend dem geänderten Bedarf weiterentwickelt werden. Dies gilt ebenso für Behandlungskonzepte und –angebote bei Menschen im fortgeschrittenen Alter.

(...)

## **06 Das Mitmachland**

### **Bürgerschaftliches Miteinander- gelebte Solidarität: Gemeinsam sind wir stark S. 64/65**

(...) Unsere Gesellschaft braucht beides: das Ehrenamt, das auf langfristigen Bindungen an einen Verein oder eine Gruppe basiert und das bürgerschaftliche Engagement, dessen Markenzeichen die Projektorientierung ist. Wir unterstützen deshalb beide Formen des Gemeinsinns.

Darüber hinaus werden in Baden-Württemberg zahlreiche Freiwilligendienste für Jugendliche und junge Erwachsene angeboten. Zu ihnen gehören das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) oder das Freiwillige Ökologische Jahr (FÖJ). Diese Dienste bieten jungen Menschen nach dem Ende ihrer Schulzeit die Möglichkeit, sich im sozialen und pflegerischen Bereich, im Umweltschutz, im Sport oder auf dem Gebiet der Kultur in professioneller Weise zu engagieren. (...)

### **Mitmachen möglich machen S. 67**

Aufgabe des Staates ist es, gute Rahmenbedingungen für das Ehrenamt zu schaffen und dem Gemeinsinn der Menschen eine sicherere Grundlage zu geben. So hat das Land Baden-Württemberg im Jahr 2004 über 75 Millionen Euro in die Förderung von Ehrenamt und bürgerschaftlichem Engagement investiert. Zum 1. Januar 2006 hat die Landesregierung eine Haftpflicht- und Unfallversicherung für alle ehrenamtlich Engagierten im Land abgeschlossen.

(...)

# **Mehr Gerechtigkeit**

**Regierungsprogramm der SPD Baden-Württemberg 2006 – 2011**

[www.spd-landtagswahl2006.de](http://www.spd-landtagswahl2006.de)

## Bildung

### **Bildung schafft mehr Gerechtigkeit S. 25**

(...) Chancengleichheit bedeutet für uns auch, dass wir durch integrierte Betreuungs- und Unterrichtsformen Kindern und Jugendlichen mit und ohne Behinderungen mehr gemeinsame Lernerfahrungen ermöglichen. (...)

## Sozialer Zusammenhalt

### **Mehr Gerechtigkeit durch sozialen Zusammenhalt S. 35**

(...)

Wir werden uns auf Bundesebene bei den Strukturreformen in der Kranken – und Pflegeversicherung dafür einsetzen, dass solidarische Finanzierungsformen beibehalten werden und auch in Zukunft Stärke für Schwache und Reiche für Arme eintreten. Die Bürgerversicherung bleibt unser Ziel.

### **Ehrenamt und bürgerliches Engagement pflegen S. 36**

Das Engagement in Vereinen, Kirchen, Betriebsrats- und Vertrauensleutegremien, Tarifkommissionen, Verbänden und Organisationen prägt das Leben in unseren Städten und Gemeinden. Dieses große Engagement muss vom Land auch in Zukunft unterstützt werden. (...) Bei der Förderung des Ehrenamtes werden wir jedoch darauf achten, dass es dabei nicht zu einer Verdrängung und dem Ersetzen von hauptamtlichen Strukturen kommt.

### **Menschenwürde im Alter bewahren S. 40/41**

Wir möchten die Potenziale der Älteren für die Gesellschaft nutzen. Deshalb fordern wir Angebote für lebenslanges lernen und die Möglichkeit der besseren Teilhabe Älterer am politischen und gesellschaftlichen Leben. Wir werden die Sicherheit im öffentlichen Raum in Stadt und Land erhöhen und den öffentlichen Nahverkehr familiengerecht ausbauen.

Den hilfe- und pflegebedürftigen Älteren wollen wir ein Leben und ein Lebensende in Würde ermöglichen. Deshalb setzen wir uns für selbst bestimmtes Wohnen im Alter ein, sowie für eine Förderung des altersgerechten Wohnungsbaus und der Beibehaltung der Pflegeheimförderung. Wir treten für wohnortnahe hausärztliche Versorgung und verlässliche Hilfsangebote ein sowie für den Ausbau der Beratung bei Hilfe- und Pflegebedarf.

Mit Hilfe von Wohnberatungsstellen wollen wir es ermöglichen, dass sich jüngere und ältere Menschen in ihrem Lebensalltag in neuen, gemeinschaftlichen Wohnformenergänzen und gegenseitig unterstützen. Durch die finanzielle Unterstützung dieser Solidargemeinschaften werden wir auch die Wohnsituation für junge Menschen in Studium und Ausbildung verbessern.

Mit diesem „Mehrgenerationenwohnen“ erreichen wir, dass ältere Menschen möglichst lange in ihrer gewohnten Umgebung leben können.

Als Landesregierung werden wir die im deutschen Südwesten verankerte Genossenschaftsidee – „Einer für alle, alle für einen!“ – aktiv unterstützen und weiterentwickeln.

### **Solidarität mit den Schwachen S. 41**

Wir nehmen Menschen mit Behinderung in unsere Mitte. Durch Änderung des Baurechts werden wir für mehr Barrierefreiheit im Alltag sorgen. Wir wollen die Versorgung psychisch Kranker durch eine Stärkung der Sozialpsychiatrischen Dienste und den Verbleib der Zentren für Psychiatrie beim Land sichern. Wir setzen uns dafür ein, dass das Land Baden-Württemberg in der nächsten Legislaturperiode seiner Verantwortung für die Krankenhausversorgung in einer solidarischen Wettbewerbsordnung nachkommt.

### **Partnerschaft mit den Kommunen S. 41**

Kommunen und Land müssen sich aufeinander verlassen können, auch bei den Finanzen. Grundlage ist das Konnexitätsprinzip der Landesverfassung: Wer bestellt, bezahlt. (...)

## FDP Regierungsprogramm 2006 - 2011

Beschluss des 99. Ordentlichen Landesparteitages am 4./5. Januar 2006 in Stuttgart

[www.fdp-bw.de](http://www.fdp-bw.de)

### B.5 Tourismus S. 21/22

(...)

#### Wir wollen:

(...)

- die Verbesserung des barrierefreien touristischen Angebots, damit angesichts des demografischen Wandels unsere Ferienorte für die Zukunft gerüstet sind.

(...)

### C.4 Graswurzeldemokratie – den Staat von unten aufbauen S.38/39

(...)

#### Wir wollen:

(...)

- das Konnexitätsprinzip (das Prinzip „wer bestellt, zahlt“) im Verhältnis der Kommunen zu Bund und Land besser zum Tragen bringen. Im Rahmen der Föderalismusreform ist sicherzustellen, dass durch Bundesgesetze der kommunalen Ebene keine Aufgaben übertragen werden dürfen; und das in der baden-württembergischen Landesverfassung enthaltene Konnexitätsprinzip (Artikel 71 Abs. 3) nach bayrischem Vorbild verschärfen: *„Überträgt der Staat den Gemeinden Aufgaben, verpflichtet er sie zur Erfüllung der Aufgaben im eigenen Wirkungsbereich oder stellt er besondere Anforderungen an die Erfüllung bestehender oder neuer Aufgaben, hat er gleichzeitig Bestimmungen über die Deckung der Kosten zu stellen. Führt die Wahrnehmung dieser Aufgaben zu einer Mehrbelastung der Gemeinden, ist ein entsprechender finanzieller Ausgleich zu schaffen.“*

### E.1 Liberale Seniorenpolitik – Freiheit und Verantwortung kennen keine Altersgrenze S. 51/52

(...)

Barrierefreiheit ist immer häufiger die Grundvoraussetzung zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft. Von einer barrierefreien Infrastruktur profitieren alle, insbesondere die älter werdende Bevölkerung. Daher haben wir unterstützt, dass bei der Neufassung der Landesbauordnung 2004 erstmals die Verpflichtung zur Barrierefreiheit auch im Wohnungsbau aufgenommen wurde.

(...)

## Wir wollen:

(...)

- bei der Städte- und Nahverkehrsplanung Barrierefreiheit und die Anliegen von Senioren als Kriterien bei der bedarfsgerechten Weiterentwicklung berücksichtigen, denn: wer rechtzeitig richtig plant, der spart hinterher;

(...)

## E.2 Menschen mit Behinderungen S. 52 - 54

Merkmal liberaler Politik für Menschen mit Behinderungen ist die Hilfe zur Selbsthilfe. Unabhängig von der Art und Schwere der Behinderung sollen sie in die Lage versetzt werden, ein eigenverantwortliches und selbst bestimmtes Leben zu führen. Deshalb hat die FDP bereits 2001 die Einführung eines Modellversuches „persönliches Budget“ unterstützt. Baden-Württemberg nahm damit bundesweit eine Vorreiterrolle ein. Mit dieser Subjektförderung werden Menschen mit Behinderung in die Lage versetzt, sich flexibel Hilfeangebote nach eigenen Bedürfnissen zusammenzustellen. Diese Form der Subjektförderung soll weitergeführt werden.

Die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit und ohne Behinderung ist ein Eckpfeiler liberaler Sozialpolitik. Die FDP hat sich seit langem für ein Landesgleichstellungsgesetz eingesetzt, das 2005 endlich in Kraft trat. Die FDP setzt auf eine frühzeitige und umfassende Beteiligung behinderter Menschen und ihrer Verbände.

Bei den Hilfen für Menschen mit Behinderung hat das Land einen Schwerpunkt auf frühe Hilfen (Früherkennung / Frühförderung) sowie auf Familien entlastende Hilfen gelegt. Kinder mit Behinderung brauchen auch im Bildungsbereich gleiche Startchancen.

Die FDP setzt bei der bedarfsgerechten Weiterentwicklung der Hilfen für Menschen mit Behinderung auf Selbsthilfegruppen und –verbände. Deshalb ist deren Förderung von großer Bedeutung.

Durch das Verwaltungsreformstrukturgesetz wurden die Landeswohlfahrtsverbände aufgelöst und die Zuständigkeit für die Behindertenhilfe auf die Stadt- und Landkreise übertragen. Beim neuen Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg wurden die Aufgaben Standard- und Qualitätssicherung angesiedelt. Wir haben durchgesetzt, dass dessen Gremien paritätisch mit je einem Vertreter der Verwaltung (Landrat) und einem gewählten Vertreter des Kreistags besetzt werden. Wir sind sicher, dass die kommunalen Mandatsträger verantwortlich mit dieser Aufgabe umgehen und die Solidarität mit Hilfebedürftigen eher gestärkt als geschwächt wird.

Die Zahl behinderter Menschen steigt in den nächsten Jahren kontinuierlich. Ursache dafür ist, dass geburtsbehinderte Menschen im Durchschnitt jünger als die Gesamtbevölkerung sind. Die Lebenserwartung behinderter Menschen nähert sich zudem weiter an die steigende Lebenserwartung. Es bedarf eines gesellschaftlichen Konsenses darüber, dass Menschen mit Behinderung, die Hilfe bedürfen, diese heute und in Zukunft auch erhalten. Menschen mit Behinderung, die zeitlebens auf Hilfe

und Unterstützung Dritter angewiesen sind, brauchen die Sicherheit, dass notwendige Hilfen langfristig zur Verfügung stehen.

### **Wir wollen:**

- frühe Hilfen für Kinder mit Behinderung und ihre Familien, wie z.B. interdisziplinäre Frühförderung, weiter stärken;
- für Kinder mit Behinderung auch im Bildungsbereich gleiche Startchancen weiter ausbauen und verbessern. Wir wollen die gemeinsame Erziehung von Kindern mit und ohne Behinderung weiter stärken. Dazu gehört für uns auch die bedarfsgerechte Weiterentwicklung der Schulkindergärten;
- integrativen Unterricht weiter ausbauen. Wichtig ist uns dabei, dass dem behinderten Kind die dafür notwendigen Hilfen zur Verfügung stehen. Dazu gehört für uns auch die bedarfsgerechte Weiterentwicklung der Sonderschulen;
- Familien mit behinderten Kindern weiter stärken. Dazu unterstützen wir Angebote, die die Familien bei der Betreuung und Pflege entlasten. Hierzu zählen wir z.B. Tagesbetreuung an Wochenenden und in Schulferien sowie Kurzzeitunterbringung;
- die Stärkung von Selbsthilfepotenzialen der Menschen mit Behinderung. Deshalb sollen die positiven Erfahrungen des Modellprojektes „Persönlichen Budget“ flächendeckend weiterentwickelt werden;
- die Förderung der Selbstständigkeit und des selbst bestimmten Lebens. Deshalb haben wohnortnahe ambulante Hilfen, z.B. ambulant betreutes Wohnen und Familienpflege Vorrang vor stationären Hilfen. Unterstützt werden sämtliche Maßnahmen, die geeignet sind, Menschen mit Behinderung entsprechend ihrer Fähigkeiten und Fertigkeiten in die Arbeitswelt zu integrieren;
- die Unterstützung der Teilhabe am öffentlichen Leben. Dazu gehört, das Landesbehindertengleichstellungsgesetz weiter zu entwickeln und Menschen mit Behinderungen und ihre Verbände als „Experten in eigener Sache“ frühzeitig und umfassend bei Planungen beteiligen;
- dass älter werdende Menschen mit Behinderung den Ruhestand als eigenständigen Lebensabschnitt gestalten können. Damit der Übergang von Beruf in den Ruhestand besser gelingt, wollen wir Projekte wie z.B. das Modell „unterstützter Ruhestand“ fördern. Ferner sind Konzepte notwendig, um die Betreuung und Förderung der wachsenden Zahl behinderter Menschen sowie deren Teilhabe und Integration zu gewährleisten;
- die bedarfsgerechte Weiterentwicklung der Hilfen für Menschen mit Behinderung unter Einbeziehung der Betroffenen und ihrer Verbände. Die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung muss zielorientiert gewährt werden. Dazu zählt auch die Abkehr von der fachlich überholten strikten Dreiteilung („ambulant / teilstationär / stationär“);



- die Einführung eines Bundesteilhabegeldes, damit langfristig notwendige Hilfen für behinderte Menschen zur Verfügung stehen. Die Finanzierung der Eingliederungshilfe ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die von den Kommunen allein nicht zu schultern ist.

### E.3 Gesundheit und Soziales S. 54 - 56

(...)

Unter dem Druck der FDP wurde die Idee eines Sozialen Pflichtjahres für alle jungen Männer und Frauen im Land aufgegeben. Ganz abgesehen von rechtlichen Problemen würde ein soziales Pflichtjahr die Chancen unserer jungen Generation im internationalen Wettbewerb weiter schwächen. Die deutschen Ausbildungszeiten gehören bekanntlich zu den längsten. Auch erscheint ein verpflichtendes Arbeitsjahr bei über 4 Millionen Arbeitslosen nicht das richtige Konzept. Stattdessen setzen wir in allen Altersstufen auf freiwilliges bürgerschaftliches Engagement. Immer mehr junge Menschen entscheiden sich für ein Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ). Bevor man über ein Pflichtjahr diskutiert, müssen die finanziellen Mittel im Landeshaushalt gesichert werden, um alle Bewerber für das FDS zum Zuge kommen zu lassen.

Wir haben viele Selbsthilfegruppen im Land vor dem Aus bewahrt, indem wir durchgesetzt haben, dass ihnen die meist geringe finanzielle Unterstützung durch das Land ungekürzt erhalten bleibt. Wir sind der Meinung: freiwilliges Engagement in Selbsthilfegruppen ist vom Land, den Kommunen und den Krankenkassen unterstützenswert.

#### **Wir wollen:**

(...)

- Bonus-Malus-Regelungen für Ärzte im Verordnungsbereich verhindern, da sie das Morbiditätsrisiko einseitig auf die Ärzte verlagern und tendenziell zum Vorenthalten notwendiger Therapien für den Patienten führen;

(...)

- Hospizdienste und Palliativmedizin ausbauen, um allen Menschen ein Sterben in Würde und ohne Schmerzen zu ermöglichen;
- Wettbewerbsverzerrungen zwischen dem ambulanten und stationären Bereich im Gesundheitswesen und der Pflege abbauen, indem wir uns dafür einsetzen, die Leistungen für professionelle ambulante und stationäre Pflege anzugleichen und das Pflegegeld zu erhöhen;
- die illegale Beschäftigung von Hilfskräften in Haushalten mit Pflegebedürftigen wirksam bekämpfen und stattdessen bezahlbare legale Angebote für die betroffenen Familien schaffen;
- die Pflegeheiminvestitionsförderung in der jetzigen Form abzuschaffen. Wir sind davon überzeugt, dass der Bedarf an Pflegeheimplätzen auch durch private Investoren realisiert werden kann;

- dass die Finanzierung für Prävention und Selbsthilfegruppen – als gesamtgesellschaftliche Aufgaben – nicht alleine den gesetzlichen Krankenkassen aufgebürdet wird. Denn Prävention dient in erster Linie der Steigerung der Lebensqualität und erst in zweiter Linie der Kostenreduzierung. Zudem haben sich gerade in Baden-Württemberg unter Beteiligung der Experten in eigener Sache (z.B. Selbsthilfegruppen, Sportvereine) regionale Strukturen gebildet;
  - das Freiwillige Soziale Jahr weiterhin fördern.
-

## **Jetzt aber Grün!**

### **Das Programm für Baden-Württemberg**

[www.gruene-bw.de](http://www.gruene-bw.de)

Präambel „Zeit für Grün – denn wir Grünen haben die Ideen, die Baden-Württemberg braucht!“ S. 4

(...)

Wir wollen ein gerechtes Baden-Württemberg. Gesellschaftliche Teilhabe für alle Menschen ist Voraussetzung für ein intaktes Zusammenleben. Mit uns gibt es keine Ausgrenzung oder Benachteiligung von Älteren, MigrantInnen oder Menschen mit Behinderungen.

(...)

### **Lebenswertes Baden-Württemberg**

#### **Landesweit mobil mit Bussen und Bahnen S. 10**

Busse und Bahnen sind insbesondere für Jugendliche, für Behinderte, für wirtschaftlich Schwache und für alte Menschen oft das einzige Verkehrsmittel. Ihre Eigenständigkeit in einer Gesellschaft, für die Mobilität immer wichtiger wird, gilt es zu stärken. Für sie und als echte Alternative zum Autoverkehr wollen wir Busse und Bahnen zu einem verlässlichen Gesamtsystem im Flächenland Baden-Württemberg machen. Insbesondere Stadtbahnkonzepte nach Karlsruher Vorbild bringen Entlastung und Mobilität gleichermaßen. Unser perspektivisches Ziel ist, auch abseits der Schiene alle Ortschaften an allen Tagen der Woche zu einem verlässlichen Takt anzubinden. Dazu muss im ländlichen Raum der Busverkehr durch flexible Anruf-Sammeltaxi-Systeme ergänzt werden. Wer sein Fahrrad mitnehmen kann, hat noch mehr vom ÖPNV. Zentrale Einrichtungen wie etwa Krankenhäuser müssen aus ihrem gesamten Einzugsgebiet per ÖPNV gut erreichbar sein. Nachtbusssysteme machen junge Menschen mobil und bringen mehr Verkehrssicherheit. Das Land muss die zuständigen Städte und Landkreise durch eine verlässliche ÖPNV-Finanzierung unterstützen. Wir kritisieren die Kürzungen der Landesregierung in diesem Bereich scharf.

(...)

### **Kluges Baden-Württemberg**

#### **Kindergarten – „Bildungsgarten“ S. 17/18**

(...)

Wir wollen die Sprachentwicklung in den pädagogischen Alltag integrieren, ab dem ersten Tag im Kindergarten fördern und die dafür notwendigen Mittel zur Verfügung stellen. Gerade Kinder mit nichtdeutscher Muttersprache müssen früh gefördert werden, damit sie die sprachliche Schulfähigkeit erreichen. Dazu müs-

sen wir bestehende Unterstützungssysteme der Sonderpädagogischen Beratungsstellen und der Frühförderung weiter ausbauen.

(...)

Behinderte Kinder sollen zusammen mit nicht behinderten Kindern den Kindergarten besuchen und in ihrem gewohnten sozialen Umfeld mit den Kindern aus ihrem Wohnviertel aufwachsen können. Das Land soll für die Integration und Förderung im Kindergarten zusätzliche Mittel zur Verfügung stellen. Behinderte und nicht behinderte Kinder profitieren durch Lernimpulse voneinander und erwerben spielerisch soziale Kompetenz.

(...)

## Gerechtes Baden-Württemberg

### **Aktiv gegen Armut und Ausgrenzung S. 38**

Es wird immer Menschen geben, die von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen sind und deren Selbsthilfepotenziale nicht ausreichen, diese Notlage zu überwinden. Sie sind auf gezielte Unterstützung durch qualifizierte soziale Dienstleister angewiesen. Das Land darf sich deshalb nicht aus der Verantwortung stehlen, wenn z.B. durch die – noch von Ministerpräsident Teufel auf den Weg gebrachte – Verwaltungsreform die Angebote der Wohnungslosenhilfe oder der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen gefährdet werden.

(...)

### **Vielfältige Angebote in der Kinderbetreuung S. 39**

(...)

Jedes Kind hat das Recht, sich frei von Diskriminierung entfalten zu können. Dies muss unabhängig von der Familienform, von der sozialen und kulturellen Herkunft und unabhängig von körperlichen und geistigen Einschränkungen gelten. Jedes Kind hat ein Recht auf gewaltfreie Erziehung. Die spezifische Lebenssituation von behinderten Kindern, von Kindern aus sozial benachteiligten Familien und Kindern aus Migrantenfamilien verlangt nach einer besonderen Förderung, um die gleichen Entwicklungschancen zu bekommen wie andere Kinder.

(...)

## **Chancen des demografischen Wandels nutzen S. 40 - 42**

(...)

Weil Gesundheit und Leistungsfähigkeit jedoch nachlassen können, brauchen wir im Land Versorgungsstrukturen, welche die Lebensqualität und Selbstständigkeit älterer Menschen sichern. Hierzu gehören vielfältige neue Wohnformen, Netzwerke und eine gute lokale Infrastruktur. Eine vorausschauende Siedlungs- und Verkehrsplanung von Land und Kommunen ist entscheidend, um in einer alternierenden Gesellschaft möglichst viel Lebensqualität bei möglichst geringen Kosten zu erreichen. Die Förderprogramme des Landes wollen wir strikt am Grundsatz ausrichten: Innenentwicklung vor Außenentwicklung. Baden-Württemberg braucht keine Flächen fressenden Wohngebiete und Einkaufszentren auf der Grünen Wiese, sondern lebendige Städte und Dörfer. Eine gute, flächendeckende und kundenfreundliche öffentliche Verkehrsinfrastruktur bietet älteren Menschen die Chance, sich selbst bestimmt und selbstständig zu versorgen und weiter am öffentlichen Leben teilzuhaben.

Der Alterungsprozess und die zunehmend steigende Zahl hoch betagter Menschen stellt und vor eine zentrale Herausforderung: die Sicherung der Pflegemöglichkeiten. dabei muss vor allem die Betreuung demenzkranker alter Menschen verbessert werden. Für uns ist daher die Schaffung einer qualitativ hochwertigen Pflegeinfrastruktur vor allem im ambulanten und teilstationären Bereich ein vorrangiges landespolitisches Ziel. Perspektivisch setzen wir uns für quartiersnahe ambulante Wohnbereiche im Bereich Pflege ein. Zudem muss das Vor- und Umfeld der Pflege qualitativ verbessert werden und auch in Zukunft bezahlbar bleiben. Eine zentrale Forderung ist hier die Einführung des Pflegebudgets, getreu dem Motto „ambulant vor stationär“.

## **Stärkung von bürgerschaftlichem Engagement S. 42**

Bürgerschaftliches Engagement ist eine unabdingbare Voraussetzung für den Zusammenhalt der Gesellschaft, es ist die Grundvoraussetzung für eine funktionierende Bürgergesellschaft. Wir brauchen aktive BürgerInnen, weil eine lebendige Demokratie, ein funktionierendes Gemeinwesen auf die aktive Einmischung und Mithilfe seiner BürgerInnen angewiesen ist. Aktive BürgerInnen dürfen nicht als billiger Ersatz für wegfallende soziale Leistungen missbraucht werden.

(...)

## **Teilhabe und Selbstbestimmung für Menschen mit Behinderungen S. 44**

Es ist unser Ziel, Menschen mit Behinderungen und deren Familien ein selbstständiges und selbst bestimmtes Leben zu ermöglichen. Als wesentliche Voraussetzung gehört für uns dazu, die Entscheidungsfreiheit bei der Wahl des Lebensortes, den Ausbau bedarfsgerechter Hilfen und die Unterstützung zum selbstständigen Wohnen weiter zu fördern. Hierzu gehören barrierefreie Wohnungen und öffentliche Angebote ebenso wie betreutes selbstständiges Wohnen. Die schnelle Umsetzung barrierefreier Online-Angebote von öffentlichen Stellen wollen wir fördern. Versorgungsstrukturen müssen sich den Bedürfnissen der Men-

schen anpassen, nicht umgekehrt. Das persönliche Budget ist für uns eine Möglichkeit, damit Behinderte selbst bestimmt in ihren eigenen vier Wänden leben können. Hierzu müssen ambulante und teilstationäre Angebote ausgebaut werden, ohne gute stationäre Angebote zu gefährden, denn auch diese werden gebraucht. Auch gilt es, auf frauenspezifische Belange besonders Rücksicht zu nehmen.

### **Gesundheit S. 44**

Wir Grünen verstehen Gesundheit im ganzheitlichen Sinne. Grüne Gesundheitspolitik muss die psychosozialen Aspekte ebenso umfassen wie die Prävention und die Unterstützung von Selbsthilfegruppen.

### **Vorbeugen ist besser als Heilen S. 45**

(...) Für uns steht dabei das Recht auf Selbstbestimmung und Selbstverantwortung des Menschen im Mittelpunkt. Daher werden von uns auch Ansätze der Selbstorganisation und Selbsthilfe unterstützt.

Die im öffentlichen Gesundheitswesen tätigen Akteure wie Selbsthilfegruppen, ambulante Arztpraxen, Krankenhäuser und Krankenversicherungen sind für eine an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtete Gesundheitsplanung und –versorgung verantwortlich. Das heutige Gesundheitssystem ist einseitig kurativ ausgerichtet. Wir werden Gesundheitsförderung, Prävention sowie Rehabilitation stärken. Wir setzen uns auch dafür ein, dass die Menschen die Wahlfreiheit und alternativen Heilmethoden haben.

(...)

## **Verantwortungsvolles Baden-Württemberg**

### **Der kooperative Staat: Bürgerschaftliches Engagement fördern S. 51**

Viele BürgerInnen engagieren sich heute in Initiativen, Selbsthilfegruppen, Vereinen und öffentlichen Einrichtungen und kümmern sich ehrenamtlich um soziale, gesundheitliche, ökologische, kulturelle und sportliche Belange in ihrem Lebensumfeld. Dieses bürgerschaftliche Engagement verdient Anerkennung und muss gefördert werden.

Auf Druck der Opposition musste die bisherige Landesregierung im Staatshaushaltsplan 2005/2006 beabsichtigte Kürzungen bei der Förderung ehrenamtlichen Engagements zurück nehmen. Wir setzen uns mit allem Nachdruck dafür ein, die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements weiterzuführen und zu verbessern. (...)

Bürgerschaftliches Engagement von Unternehmen: (...) Wichtig ist dabei vor allem die Vernetzung und Vermittlung zwischen Unternehmen und sozialen Einrichtungen.